

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 216

Nummer 365/366

Bezugspreis: 1/monatlich 4 Mark, 1/3 Monate 12 Mark, 6 Monate 24 Mark, 1 Jahr 48 Mark. — Adressen: Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801. Abends von 7 Uhr an Redaktion 5600 u. 5610. — Postfachkonto Leipzig 20512.

Halle-Saale

Anzeigenpreis: Die Spaltenbreite 34 mm betriebsmäßig 6000. Kleinanzeigen 1600. 1/2 Spaltenbreite 1000. Die 1. Spalte 50 mm betriebsmäßig 3000. 1/2 Spalte 2000. 1/3 Spalte 1500. 1/4 Spalte 1000. 1/5 Spalte 750. 1/6 Spalte 500. 1/8 Spalte 375. 1/10 Spalte 250. 1/12 Spalte 187. 1/15 Spalte 125. 1/20 Spalte 75. 1/24 Spalte 50. 1/30 Spalte 37. 1/40 Spalte 25. 1/60 Spalte 16. 1/80 Spalte 10. 1/120 Spalte 6. 1/150 Spalte 4. 1/200 Spalte 3. 1/300 Spalte 2. 1/400 Spalte 1. 1/600 Spalte 0.5. 1/800 Spalte 0.3. 1/1000 Spalte 0.2. — Verleger u. Druck: Otto Heile, Halle-Saale.

Mittwoch, 8. August 1923

Gefächtsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6209. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Heile, Halle-Saale

Italiens Stellung zur Reparationsfrage

Italien und Japan auf Englands Seite

Vom Kohlenraub zum Zechenraub

Die neue Note Italiens
Rom, 7. August.
Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani“ fügt sich die italienische Regierung der früheren diplomatischen Haltung Italiens in dieser Angelegenheit auf dem Standpunkt fest, den die italienische Regierung bei der Konferenz in London im Dezember 1922 und in den nachfolgenden Wochen der Reparationsfrage eingenommen hat. Die damals von Mussolini gegebenen Erklärungen zu dem letzten wichtigen Fragen der internationalen Konferenz und der im Verhältnis zur Reparationsfrage nötigen praktischen Fragen bilden nach Ansicht der italienischen Regierung immer noch die Grundlage jeder betrieblichen realisierbaren Regelung. Die Regierung Italiens beharrt auf ihrem Standpunkte und hätte es vorgezogen, mit den Alliierten zum Zwecke einer praktischen Durchsicht zu verhandeln. Nach der englischen Initiative habe aber die italienische Regierung gern und aufmerksam die Vorschläge und Anregungen geprüft mit dem Wunsche, zur Schaffung eines konkretsten Aktionsprogramms beizutragen, dessen Kernbestimmungen und Zielvorgabe feststehen.

Die Kosten des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete.

Italien sei der Ansicht, daß eine allgemeine endgültige Regelung der Reparationsfrage ohne die Berücksichtigung der Schäden umfaßt müsse, wie dies Italien zu verschiedenen Malen öffentlich erklärt habe. Ebenso müsse den besonderen italienischen Interessen in den übrigen schwebenden Fragen Rechnung getragen werden. Italien fände überdies auf keinen Beschluß betreffend die Forderungen und Garantien, ein Verlangen, der sich mit den jüngsten durch Belgien gemachten Vorschlägen vereinigen liege. Was den englischen Vorschlag einer internationalen Sachverständigenkommission betreffe, um die Leistungsfähigkeit Deutschlands und den Zahlungsmodus festzustellen, so lehne ihn die italienische Antwort nicht von vornherein ab, trotzdem sie Schwierigkeiten voraussetze.

Die französische Ruhrpolitik hat einen neuen Schritt zur Verhärterung des Druckes auf die deutsche Bevölkerung unternommen. Bisher hatte man sich damit begnügt, nur die Produktion der Bergwerke, also Kohlen und Stahls, zu „beschlagnahmen“, jetzt geht man dazu über, die Produktionsgrundlagen, d. h. die Zechen und Werke selbst zu rauben. Das ist der Sinn einer neuen Verordnung General Dougettes, in der der internationalen Ingenieur-Kommission das Recht erteilt wird, falls Deutschland die Bestimmungen von Brennstoffen verweigert oder sich überhebend erkläre, sie zu leihen, von den Gruben und ihnen angeschlossenen Werken Besitz zu ergreifen, desgleichen von den Kohlen und Erzwerken. Die Gruben und Werke können dann von der Kommission selbst oder durch Personen beauftragt werden, die durch die Ingenieur-Kommission hierzu qualifiziert werden.

Die neue Verordnung der französischen Besatzungsbehörden stellt ungewissheit einen Eingriff in das deutsche Wirtschaftsleben dar, der in seiner Ungeheuerlichkeit bisher keinen Vorgänger hat. Denn der Befehl Dougettes bedeutet mit klaren Worten nichts mehr oder weniger als die Enteignung sämtlicher privater Zechen- und Industrieunternehmungen des Ruhrgebietes, falls diese sich nicht zur freiwilligen Lieferung von Brennstoffen an Frankreich bereitfinden, d. h. also den strikten Bestimmungen ihrer eigenen Regierung zuwiderhandeln, falls gesagt: Kohlenbesitzer begeben. Um es sofort festzustellen: Freiwillige Lieferung von Brennstoffen an Frankreich wird auch diese Verordnung nicht erreichen. Die Industrie wird niemals mit den Franzosen zusammenarbeiten, und die gerade in letzter Zeit in der französischen Presse auffallend häufig auftretenden Meldungen über Verhandlungen zwischen westdeutschen Industrieführern und Industrieingenieuren mit französischen Interessenten zwecks angeblicher Beteiligung französischer Kapitals und im Anschluß daran Zusammenarbeit mit den Okkupationsmächtern ändern an der Tatsache, daß die Industrie unter auf keinen Fall Kohlenbesitzer begeben wird, nicht das geringste. Denn alle diese Meldungen sind, wie etwa unzählige festgestellten werden können, von A bis Z erlogen, ja, es macht durchaus den Anschein, als ob sie von gewisser Seite und in ganz bestimmter Absicht in die Presse lanciert worden sind, der oberwähnten Enteignungsverordnung als Vorwand zu dienen. Worauf es den Franzosen mit diesen Meldungen ankam, war offenbar nur, die Welt glauben zu machen, daß die deutsche Industrie gar nicht so ungern mit Frankreich zusammenarbeiten, und daß sie daran nur von Berlin, d. h. von der deutschen Regierung gehindert würde. Wenn nun aber — so dürfte man sich wohl in Paris gedacht haben — die Welt einmal davon überzeugt ist, daß die deutsche Industrie selbst den positiven Widerstand fast hat und mit Frankreich Sand in Sand arbeiten will, so wird sie auch in der neuen Enteignungsverordnung nicht mehr einen ungeheuerlichen Eingriff in den allgemeinen anerkanntem Rechtsgrund der Privatigentums erfinden, sondern nur ein französisches Enteignungskonzept gegenüber der deutschen Industrie, der es die „guten“ Franzosen mit ihrer Enteignungsverordnung nur etwas härter machen wollen, den Anforderungen der deutschen Regierung ungeschoren zu übergeben. Durch Ausnutzung solcher und ähnlicher Falschmeldungen hoffte man also in Paris die neue Verordnung vor der Welt zu rechtfertigen, ihr das Odium der Rigorosität zu nehmen, ja sie — immer vor den Augen der Welt — zu einem Freundschafftsakt gegenüber der deutschen Industrie zu stempeln. In der Tat ein raffiniertes Manöver und würdig derer, die ihn ausgeübt haben. Allerdings, die Herren in Paris haben auch diesmal wieder die Rechnung ohne den Wirt, d. h. die deutsche Industrie, gemacht, die jetzt von ruhmreicher Stelle aus alle jene Meldungen entsetzlich demontiert. So wird gegenüber der Behauptung des „Matin“, daß in Essen, Stoblenz und Mainz bereits Verhandlungen mit der deutschen Industrie über die Aufgabe des positiven Widerstandes geführt würden, mit aller erforderlichen Deutlichkeit festgestellt, daß zwar die Besatzungsbehörden viele deutsche Industrieführer zu Besprechungen an die Orten beauftragt haben, daß aber nur ein kleiner Teil der Besuchten wirklich erschienen ist, und daß diese Erscheinungen holländisch, als sie aufgefordert wurden, sich zu der Frage der Aufgabe des positiven Widerstandes zu äußern, dieses Amtmanns einmütig aus entscheidender juristischer und sonst und (sonders) das Lokal verlassen haben. Damit wäre also der neuen Verordnung das Mäntelchen abgerissen, das man ihr in Paris so gerne umgehängt hatte.

Die italienische Antwort stimmt im allgemeinen den Absichten der Alliierten zum Zwecke einer praktischen Durchsicht zu verhandeln. Nach der englischen Initiative habe aber die italienische Regierung gern und aufmerksam die Vorschläge und Anregungen geprüft mit dem Wunsche, zur Schaffung eines konkretsten Aktionsprogramms beizutragen, dessen Kernbestimmungen und Zielvorgabe feststehen.

Der englische Vorschlag verleihe die Aufgabe der Sachverständigen mit den Bestimmungen des Berliner Vertrages und den Befugnissen der Reparationskommission in Einklang zu bringen und die Kommission der Sachverständigen als Berater für die alliierten Regierungen und die Reparationskommission zu bestimmen. Die italienische Regierung würde sich natürlich den Alliierten im Einverständnis über die Zusammenfassung, den Charakter und die Befugnisse der Sachverständigenkommission (sowie über ihre grundsätzlichen Auffassungen, ihre Arbeitsweise und über die rechtliche Tragweite ihrer Geschäftsangelegenheiten) eine Stellungnahme vorbehalten. Nach der Frage der Aufgabe des positiven Widerstandes und der Wahrnehmung betreffend, so bleibe die italienische Regierung bei ihrer wiederholten verlässlichen Ansicht, d. h. sie gegen den positiven Widerstand, gegen jede weitere militärische Besetzung der Ruhr und für eine schriftliche Bestimmung der Art und Weise der Wiedergleichung der Forderungen, sobald ein einmütiges Einverständnis erreicht und gefestigt sei.

Die neue Verordnung der französischen Besatzungsbehörden stellt ungewissheit einen Eingriff in das deutsche Wirtschaftsleben dar, der in seiner Ungeheuerlichkeit bisher keinen Vorgänger hat. Denn der Befehl Dougettes bedeutet mit klaren Worten nichts mehr oder weniger als die Enteignung sämtlicher privater Zechen- und Industrieunternehmungen des Ruhrgebietes, falls diese sich nicht zur freiwilligen Lieferung von Brennstoffen an Frankreich bereitfinden, d. h. also den strikten Bestimmungen ihrer eigenen Regierung zuwiderhandeln, falls gesagt: Kohlenbesitzer begeben. Um es sofort festzustellen: Freiwillige Lieferung von Brennstoffen an Frankreich wird auch diese Verordnung nicht erreichen. Die Industrie wird niemals mit den Franzosen zusammenarbeiten, und die gerade in letzter Zeit in der französischen Presse auffallend häufig auftretenden Meldungen über Verhandlungen zwischen westdeutschen Industrieführern und Industrieingenieuren mit französischen Interessenten zwecks angeblicher Beteiligung französischer Kapitals und im Anschluß daran Zusammenarbeit mit den Okkupationsmächtern ändern an der Tatsache, daß die Industrie unter auf keinen Fall Kohlenbesitzer begeben wird, nicht das geringste. Denn alle diese Meldungen sind, wie etwa unzählige festgestellten werden können, von A bis Z erlogen, ja, es macht durchaus den Anschein, als ob sie von gewisser Seite und in ganz bestimmter Absicht in die Presse lanciert worden sind, der oberwähnten Enteignungsverordnung als Vorwand zu dienen. Worauf es den Franzosen mit diesen Meldungen ankam, war offenbar nur, die Welt glauben zu machen, daß die deutsche Industrie gar nicht so ungern mit Frankreich zusammenarbeiten, und daß sie daran nur von Berlin, d. h. von der deutschen Regierung gehindert würde. Wenn nun aber — so dürfte man sich wohl in Paris gedacht haben — die Welt einmal davon überzeugt ist, daß die deutsche Industrie selbst den positiven Widerstand fast hat und mit Frankreich Sand in Sand arbeiten will, so wird sie auch in der neuen Enteignungsverordnung nicht mehr einen ungeheuerlichen Eingriff in den allgemeinen anerkanntem Rechtsgrund der Privatigentums erfinden, sondern nur ein französisches Enteignungskonzept gegenüber der deutschen Industrie, der es die „guten“ Franzosen mit ihrer Enteignungsverordnung nur etwas härter machen wollen, den Anforderungen der deutschen Regierung ungeschoren zu übergeben. Durch Ausnutzung solcher und ähnlicher Falschmeldungen hoffte man also in Paris die neue Verordnung vor der Welt zu rechtfertigen, ihr das Odium der Rigorosität zu nehmen, ja sie — immer vor den Augen der Welt — zu einem Freundschafftsakt gegenüber der deutschen Industrie zu stempeln. In der Tat ein raffiniertes Manöver und würdig derer, die ihn ausgeübt haben. Allerdings, die Herren in Paris haben auch diesmal wieder die Rechnung ohne den Wirt, d. h. die deutsche Industrie, gemacht, die jetzt von ruhmreicher Stelle aus alle jene Meldungen entsetzlich demontiert. So wird gegenüber der Behauptung des „Matin“, daß in Essen, Stoblenz und Mainz bereits Verhandlungen mit der deutschen Industrie über die Aufgabe des positiven Widerstandes geführt würden, mit aller erforderlichen Deutlichkeit festgestellt, daß zwar die Besatzungsbehörden viele deutsche Industrieführer zu Besprechungen an die Orten beauftragt haben, daß aber nur ein kleiner Teil der Besuchten wirklich erschienen ist, und daß diese Erscheinungen holländisch, als sie aufgefordert wurden, sich zu der Frage der Aufgabe des positiven Widerstandes zu äußern, dieses Amtmanns einmütig aus entscheidender juristischer und sonst und (sonders) das Lokal verlassen haben. Damit wäre also der neuen Verordnung das Mäntelchen abgerissen, das man ihr in Paris so gerne umgehängt hatte.

Japans Antwort an England

London, 7. August.
Auch der japanische Botschafter sprach am dem Amtswärtigen Amt vor. Baron Kawaji hat keine schriftliche Antwort überreicht. Es sei jedoch, wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt, möglich, daß diese folgen werde. Im übrigen habe die japanische Regierung ihre prinzipielle Zustimmung zum englischen Standpunkt angedeutet und die Hoffnung ausgesprochen, daß eine freundschaftliche Regelung gefunden werden werde.

Die Aushungerung des Ruhrgebietes

Systematische Aushungerung des Ruhrgebietes (Eigener Drahtbericht.)

Im Ruhrgebiet beobachtet man täglich, daß Franzosen in größeren und kleineren Mengen in den Städten und Dörfern an den Wäldern und in den Wäldern Lebensmittel anheben. Die Wälder der Franzosen für die Reparationsfrage der kleineren Staaten, die Reparationen durch Waren-

Heute Kabinettsrat in London

London, 7. August.
Heute erfolgt, daß die Minister, welche während des Wochenendes in London verblieben haben, heute nach London zurückkehren und am Mittwoch an der Kabinettsitzung teilnehmen werden, auf der die Reparationsfrage und die Nachfrage den Gegenstand der Beratung sein werden. Lord Curzon habe während des Wochenendes in enger Verbindung mit dem Foreign Office gestanden, daß sei in der Reparationsfrage keine neue Entwicklung eingetreten. Der Staatssekretär des Äußeren werde vermutlich bald nach der Kabinettsitzung am Mittwoch nach dem französischen Botschafter in London abreisen. Der Entwurf der britischen Note, die an Deutschland gerichtet werden soll, und die Mantelnote, die an die Alliierten begeben wird, gegenwärtig im Druck, der aber wahrscheinlich nicht vor Mittwoch oder Donnerstag beendet sein wird.

Die Ursachen der Lebensmittelnot im Ruhrgebiet (Eigener Drahtbericht.)

Frankfurt am Main, 7. August.
An der im besetzten Gebiet ganz besonders in die Erschöpfung der Lebensmittelnot tragen die Franzosen einen großen Teil der Schuld. Sie wissen das sehr wohl und lassen die gerade Empörung der Bevölkerung durch die beschleunigte, daß sie in Besatzungswohnungen ihre Unzufriedenheit durch laute Schimpfungen und durch die Verhöhnung der Bevölkerung im Ruhrgebiet zeigen. Sie sind nicht nur in der Lebensmittelbeschaffung Schwierigkeiten befähigt, sondern auch in der Beschaffung von Geldmitteln. Die Franzosen sind in der Besetzung des Ruhrgebietes, wie die „Zeit.“ berichtet, abermals eine Besatzungsmacht, die ihre Besatzung von Juden. Sie geben zu, daß in der französischen Zone 100 000 in der belagerten 5000 000 Franken belagert sind. Die Bevölkerung im Ruhrgebiet ist untergebracht, was noch dazu genügt. Nach übereinstimmenden Meldungen aus dem besetzten Gebiet gestattet sich die Ernährung durch die Maßnahmen der Franzosen immer mehr zu verschärfen. Auf Verheißung der Besatzungsmacht erklären die Franzosen, an dem besetzten Gebiet und Verleumdungen zu ändern zu wollen. Inzwischen haben sie ungefähr 100 000 Menschen und Unruhen zur Verfügung zu stellen. (1)

Einschränkung des Personenverkehrs

Berlin, 7. August.
Die Notwendigkeit, in der nächsten Zeit alle Kräfte der Eisenbahn für die Beförderung der lebenswichtigen Güter, besonders der Getreide, einzusetzen, wird zur Einschränkung des Personenverkehrs führen müssen. Der Reichsverkehrsminister hat daher die Stellung von Sonderzügen zu ermäßigten Preisen grundsätzlich unterstellt. Weitere Einschränkungen werden nach Maßgabe der Verkehrsverhältnisse folgen. Die Bestimmungen des Ministers können unterteilt und es können lästigere Maßnahmen verhängt werden, wenn sich in der Deckungsleistung der Wehrmacht dringende, daß die Zeit nicht zu rasch angetan ist, Bitte zu feiern und Zugstunden zu unternehmen. Auch Bestimmungen zu wissenschaftlichen und ähnlichen Zwecken sollten auf bessere Zeiten verschoben werden.

Eine neue Art Sanktionen

Düsseldorf, 7. August.
Nach Mitteilung der belgischen Einbruchbarne sollen vom belgischen Minister ein neuerer Schritt auf belagerte Patente...

Die neue Verordnung der französischen Besatzungsbehörden stellt ungewissheit einen Eingriff in das deutsche Wirtschaftsleben dar, der in seiner Ungeheuerlichkeit bisher keinen Vorgänger hat. Denn der Befehl Dougettes bedeutet mit klaren Worten nichts mehr oder weniger als die Enteignung sämtlicher privater Zechen- und Industrieunternehmungen des Ruhrgebietes, falls diese sich nicht zur freiwilligen Lieferung von Brennstoffen an Frankreich bereitfinden, d. h. also den strikten Bestimmungen ihrer eigenen Regierung zuwiderhandeln, falls gesagt: Kohlenbesitzer begeben. Um es sofort festzustellen: Freiwillige Lieferung von Brennstoffen an Frankreich wird auch diese Verordnung nicht erreichen. Die Industrie wird niemals mit den Franzosen zusammenarbeiten, und die gerade in letzter Zeit in der französischen Presse auffallend häufig auftretenden Meldungen über Verhandlungen zwischen westdeutschen Industrieführern und Industrieingenieuren mit französischen Interessenten zwecks angeblicher Beteiligung französischer Kapitals und im Anschluß daran Zusammenarbeit mit den Okkupationsmächtern ändern an der Tatsache, daß die Industrie unter auf keinen Fall Kohlenbesitzer begeben wird, nicht das geringste. Denn alle diese Meldungen sind, wie etwa unzählige festgestellten werden können, von A bis Z erlogen, ja, es macht durchaus den Anschein, als ob sie von gewisser Seite und in ganz bestimmter Absicht in die Presse lanciert worden sind, der oberwähnten Enteignungsverordnung als Vorwand zu dienen. Worauf es den Franzosen mit diesen Meldungen ankam, war offenbar nur, die Welt glauben zu machen, daß die deutsche Industrie gar nicht so ungern mit Frankreich zusammenarbeiten, und daß sie daran nur von Berlin, d. h. von der deutschen Regierung gehindert würde. Wenn nun aber — so dürfte man sich wohl in Paris gedacht haben — die Welt einmal davon überzeugt ist, daß die deutsche Industrie selbst den positiven Widerstand fast hat und mit Frankreich Sand in Sand arbeiten will, so wird sie auch in der neuen Enteignungsverordnung nicht mehr einen ungeheuerlichen Eingriff in den allgemeinen anerkanntem Rechtsgrund der Privatigentums erfinden, sondern nur ein französisches Enteignungskonzept gegenüber der deutschen Industrie, der es die „guten“ Franzosen mit ihrer Enteignungsverordnung nur etwas härter machen wollen, den Anforderungen der deutschen Regierung ungeschoren zu übergeben. Durch Ausnutzung solcher und ähnlicher Falschmeldungen hoffte man also in Paris die neue Verordnung vor der Welt zu rechtfertigen, ihr das Odium der Rigorosität zu nehmen, ja sie — immer vor den Augen der Welt — zu einem Freundschafftsakt gegenüber der deutschen Industrie zu stempeln. In der Tat ein raffiniertes Manöver und würdig derer, die ihn ausgeübt haben. Allerdings, die Herren in Paris haben auch diesmal wieder die Rechnung ohne den Wirt, d. h. die deutsche Industrie, gemacht, die jetzt von ruhmreicher Stelle aus alle jene Meldungen entsetzlich demontiert. So wird gegenüber der Behauptung des „Matin“, daß in Essen, Stoblenz und Mainz bereits Verhandlungen mit der deutschen Industrie über die Aufgabe des positiven Widerstandes geführt würden, mit aller erforderlichen Deutlichkeit festgestellt, daß zwar die Besatzungsbehörden viele deutsche Industrieführer zu Besprechungen an die Orten beauftragt haben, daß aber nur ein kleiner Teil der Besuchten wirklich erschienen ist, und daß diese Erscheinungen holländisch, als sie aufgefordert wurden, sich zu der Frage der Aufgabe des positiven Widerstandes zu äußern, dieses Amtmanns einmütig aus entscheidender juristischer und sonst und (sonders) das Lokal verlassen haben. Damit wäre also der neuen Verordnung das Mäntelchen abgerissen, das man ihr in Paris so gerne umgehängt hatte.

Wird man denn in nächster Zeit damit zu rechnen haben, daß die Franzosen ihre Hand nun auch auf die deutschen Gebiete und die ihnen angehörenden Werke legen. Wozuf es die neue Verordnung am meisten abgesehen hat, sind zweifellos die Fabriken als die ihnen angehörenden Fabriken. Die französische Industrie streift nach Paris. Demgegenüber sind die Kohlenwerke, die das Einbruchsrecht im Ruhrgebiet vorfinden, aber die sich nach dem Einbruch noch bis zur Schließung der Werke auf den Boden angekauft haben, erschöpft. Die Fabriken fördern nicht mehr und eben so wenig arbeiten die Fabriken. Als letzten Ausweg verurteilt Frankreich Förderung und Verlesung selbst in die Hand zu nehmen. Ob es ihm gelingen wird, ist freilich eine andere Frage. Denn ganz abgesehen davon, daß der deutsche Bergmann unter seinen Umständen für französische Arbeiter sich auch nicht heute auf morgen bewerkstelligen lassen, es den Fabriken also an der notwendigen Voraussetzung, der Kohle, fehlen wird, mangelt es erhaltungsgemäß auch den französischen Ingenieuren überhaupt an den nötigen technischen Kenntnissen, die einmal fehlenden Fabriken, auch wenn Stelle vorhanden ist, wieder in Betrieb zu nehmen. Der deutsche Bergmann, der allenfalls ins Land, werden die Franzosen, wie schon einmal erwähnt, aber eben so wenig bekommen, wie es ihnen gelingen wird, den Ruhrbergmann zu bewegen, für den Landesdienst in die Grube zu fahren.

Dr. Zeigner verteidigt sich

Dresden, 7. August.

Die sächsische Regierung hat auf das Schreiben des Reichstages an sie der Reichsregierung ein Schreiben übermittleit, in dem zunächst darauf hingewiesen wird, daß die sächsische Regierung zu ihrer Verantwortung durch die Presse gestungen war und ihre Erklärungen auch weiterhin der Öffentlichkeit unterbreiten werde. Weiter heißt es in dem Schreiben: Die sächsische Regierung hat in ihrer Antwort vom 27. Juli die sächsische Regierung um Aufklärung gebeten, was sie zu ihrer beabsichtigten Stellungnahme beantragt habe und ob der Gehalt ihrer Verantwortung sei, von Sachen aus der die Gefahr eines Bürgerkrieges. Für diesen Fall sollte sie um Mitteilung der Tatsachen gebeten, auf die eine solche Annahme sich stütze. Die sächsische Regierung hat die Aufklärung der Reichsregierung am 18. v. M. gegeben und die sächsische Regierung bekennt nunmehr, sich stellen zu müssen, daß die Reichsregierung offenbar den Sinn und Zweck der sächsischen Rückfrage völlig verkannt hat, denn sonst wäre ihre Antwort vom zweiten dieses Monats nicht verständlich. In ihrem Brief an die Reichsregierung hat die sächsische Regierung bekennt nunmehr, sich stellen zu müssen, daß die Reichsregierung offenbar den Sinn und Zweck der sächsischen Rückfrage völlig verkannt hat, denn sonst wäre ihre Antwort vom zweiten dieses Monats nicht verständlich. In ihrem Brief an die Reichsregierung hat die sächsische Regierung bekennt nunmehr, sich stellen zu müssen, daß die Reichsregierung offenbar den Sinn und Zweck der sächsischen Rückfrage völlig verkannt hat, denn sonst wäre ihre Antwort vom zweiten dieses Monats nicht verständlich.

eingeweiht hat, um eine Entspannung der inneren Lage herbeizuführen. Sie ist aber bei der Reichsregierung in abgesehenen Fällen nicht auf die gleiche Auffassung gekommen. Die Reichsregierung hat die sächsische Regierung gebeten, sie sich nach der Woche kategorisch abzugeben. Die sächsische Regierung glaubt, daß nicht durch Verlautbarungen, sondern durch Maßnahmen die unbedingt notwendige Entspannung herbeizuführen werden kann.

Sodann die Reichsregierung aber von anderen Auffassungen ausgehend, die sächsische Regierung in eine Lage bringt, die es dieser nicht erlaubt, zu zeigen, ist die sächsische Regierung bereit, nicht nur abgelaufene Dokumente in Vorhandlung zu veröffentlichen, sondern auch vor der Öffentlichkeit die dringlichen, daß bereits alles getan worden ist, um durchgreifende Maßnahmen der Reichsregierung auf wirtschaftlicher, steuer- und ernährungspolitischer Gebiet usw. herbeizuführen. Die sächsische Regierung glaubt eine Diskussion darüber nicht fürchten zu müssen und wird sie nicht ausweichen. Nachdem aber der Reichstag, der Reichsregierung die Aufgabe einer Erklärung zu ermöglichen, die dem Einverständnis der sächsischen Reichsregierung und der Stellung des sächsischen Staates mehr entspricht als die Verlautbarung vom 18. v. M., durch die Erklärung des Reichstages vom 2. August zum Scheitern gebracht worden ist, legt die sächsische Regierung dagegen Wert darauf, an, daß die Reichsregierung die sächsischen Reichsregierung, die in jeder Hinsicht in der verbleibenden Weise als Ausgangspunkt von Bestimmungen bezeichnen, die sich gegen den Bestand und den inneren Frieden des Reiches richtet.

Der Reichstag vertritt, daß er nicht sozialistische Parteien, sondern das Oberhaupt eines deutschen Bundesstaates ist. Seine sozialistische Gesamtangabe und Überzeugung können die Reichsregierung kaum beiraten, ihren Standpunkt zu ändern. Der ganze Reichstagsbeschluss ist demnach, wie wenig es das Zeug zu einem Staatsmann hat.

Die Thüringer Regierungskrise

Weimar, 7. August.

Die Regierungskrise in Thüringen hat sich dadurch noch verschärft, daß jetzt auch die kommunistische Partei den Antrag gestellt hat: „Der Landtag wolle beschließen, der Landtag möge die Politik der Regierung.“ Der Antrag kommt erst in einer späteren Sitzung zur Verhandlung.

Das Finanzprogramm in der Reichsregierung

Berlin, 7. August.

Dem zuverlässigeren Seite wird der „D. N. Z.“ mitgeteilt, daß die Aufstellung des Finanzprogramms für den Reichstag am 28. Juni nur den ersten Schritt im Rahmen eines von der Reichsregierung geplanten Programms darstellt, nach dem die gesamten Einnahmen des Reiches (Steuern, Eisenbahnen, Post usw.), die heute noch nicht wie die volle veranschlagt erhoben werden, sondern nur teilweise angerechnet werden. Die Reichsregierung wird sodann auch alle diejenigen Maßnahmen, die erlassen werden müssen, um den Kurs der Mark zu stützen, aufzuführen. Sie beschließt auch, die unter dem 18. Mai d. J. erlassenen Verfügungsbestimmungen zur Sanierung der Anleihe- und Staatsanleihe über den Denkmals der Bank zu befestigen. Sie geht dabei von der Erwägung aus, daß es mit der hohen Aufhebung des Einheitsfußes nicht getan ist, da die Dinge ein organisches Ganzes bilden und daß eine Wirkung nur erzielt werden kann, wenn die Maßnahmen einheitlich durchgeführt werden. Dem Ausgangspunkt für das gesamte Programm soll dabei die Tatsache stehen, daß durch die werkschließende Anleihe, deren Zins- und Rückzahlung von dem gesamten Kapitalmarkt (Banken, Handel, Industrie, Landwirtschaft usw.) garantiert wird, ein „Kollaps“ an der Zahlungsmittel geschaffen wird, das für den Anleihebesitzer die Beschaffung fremder Devisen als Sicherung für Zahlungserfüllung erzieht.

Die Politik Coolidges

London, 7. August.

Über die Möglichkeiten der inneren und äußeren Politik, die Präsident Coolidge befolgen wird, glaubt „United Press“ einige Angaben machen zu können. Seine zukünftige Politik könne in folgenden Punkten zusammengefaßt werden:

Werkbuch würde seinen Assistenten auf und sagte dann lächelnd zu seiner jüngsten Tochter: „Die klaren Worte meines Vaters haben dich doch überzeugt, welche Fülle von Interessen in der gegenwärtigen Fortschritt liegt, nicht wahr?“

„Es ist mir schon ein bißchen lange her“, meinte Niefel, „morsau P. Diebeigung erwiderte, das sei ja gerade das Interessante.“

Der Professor wandte sich nun wieder an Harlow, der sich schon getrennt hatte, daß Diebeigung für ihn beizugehen wollte.

„Nun, lieber Dr. Harlow, wie sind vom Thema abgekommen. Wollen Sie nicht in populärer Darstellungsform, der Damen wegen, Ihre Ansichten über die chronologische Folge der ersten ägyptischen Könige entwickeln?“

„Gewiß, Herr Geheimrat, doch darf ich der Damen wegen — Maus-Rochard zeigte sich gelang nach den Damen hinüber — „wirklich zu sprechen, daß ich mehr unterhalten als belehrend wirken.“

„Nun, lieber Dr. Harlow, wie sind vom Thema abgekommen. Wollen Sie nicht in populärer Darstellungsform, der Damen wegen, Ihre Ansichten über die chronologische Folge der ersten ägyptischen Könige entwickeln?“

„Gewiß, Herr Geheimrat, doch darf ich der Damen wegen — Maus-Rochard zeigte sich gelang nach den Damen hinüber — „wirklich zu sprechen, daß ich mehr unterhalten als belehrend wirken.“

„Nun, lieber Dr. Harlow, wie sind vom Thema abgekommen. Wollen Sie nicht in populärer Darstellungsform, der Damen wegen, Ihre Ansichten über die chronologische Folge der ersten ägyptischen Könige entwickeln?“

„Gewiß, Herr Geheimrat, doch darf ich der Damen wegen — Maus-Rochard zeigte sich gelang nach den Damen hinüber — „wirklich zu sprechen, daß ich mehr unterhalten als belehrend wirken.“

„Nun, lieber Dr. Harlow, wie sind vom Thema abgekommen. Wollen Sie nicht in populärer Darstellungsform, der Damen wegen, Ihre Ansichten über die chronologische Folge der ersten ägyptischen Könige entwickeln?“

„Gewiß, Herr Geheimrat, doch darf ich der Damen wegen — Maus-Rochard zeigte sich gelang nach den Damen hinüber — „wirklich zu sprechen, daß ich mehr unterhalten als belehrend wirken.“

„Nun, lieber Dr. Harlow, wie sind vom Thema abgekommen. Wollen Sie nicht in populärer Darstellungsform, der Damen wegen, Ihre Ansichten über die chronologische Folge der ersten ägyptischen Könige entwickeln?“

1. Kein Eintritt Americas in den Völkerbund, in welcher Form dies auch immer sei.
2. Wenn ein Eintritt Americas in den internationalen Völkerbund erfolgt, so darf dieser nicht die Anerkennung des Völkerbundes mit sich bringen.
3. Rückzahlung der noch nicht konsolidierten affizierten Schulden unter vernünftigen Bedingungen.
4. Nichterfassung am dem Rechnungsauflauf über die Ruhrfrage, wenn die davon im effizienten Maße dazu aufzubereiten sollten.
5. Wiederaufnahme der normalen Beziehungen mit Belgien. Einmalige Anwendung des Völkerbundes mit der Einleitung, daß die Schritte zentraler der Neutralität schützen, während in den amerikanischen Staaten der Völkerbundesmitgliedern mitzuführen.

Die Salzburger Eisenbahnen in passiver Resistenz

Wien, 7. August.

Wie aus Innsbruck gemeldet wird, sind die Eisenbahnen im Bereich der Salzburger Direktion wegen der in der letzten Verordnung des Bundesoberpräsidenten enthaltenen Bestimmungen über Arbeitszeit und Bezahlung, die, wie sie bekanntlich für solche Länder gelten, seien als „inaktiv“ in die passive Resistenz getreten. Die Eisenbahnen trafen bereits geltend mit mehrwöchiger Verspätung in Innsbruck ein.

Oesterreich-ungarischer Grenzweidenfall

Wien, 7. August.

Wie aus Gaffing im Burgenlande gemeldet wird, ist bei einem Grenzfall ein in die Höhe der sich im Grenzort unruhigen Passes befand, auf ungarischer Seite von einer ungarischen Patrouille ohne Anruf erschossen worden. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Die Erdroffnung der Presse

Den nachlässigen Sprüngen, die die Entwidlung des Reiches seit langer Zeit zu machen pflegt, haben die deutschen Zeitungen wieder mit den Abnommensmaßnahmen, nach mit den Zeitungen der Reichsregierung, die sich als „inaktiv“ in die passive Resistenz getreten. Die Eisenbahnen trafen bereits geltend mit mehrwöchiger Verspätung in Innsbruck ein.

Der Reichstag vertritt, daß er nicht sozialistische Parteien, sondern das Oberhaupt eines deutschen Bundesstaates ist. Seine sozialistische Gesamtangabe und Überzeugung können die Reichsregierung kaum beiraten, ihren Standpunkt zu ändern. Der ganze Reichstagsbeschluss ist demnach, wie wenig es das Zeug zu einem Staatsmann hat.

Die falsche Königstochter

Amerikanisches Copysicht 1923 von Carl Dunder, Berlin.

„Das läßt sich in meinen Worten nicht so sagen, Herr Geheimrat, und wenn ich ausführlich werde, befürchte ich, die Damen zu langweilen.“

Die Frau Geheimrat und Diebeigung machten entsetzte Gesichter ob solcher Antwort, die doch ein junger Mann, der doch vorwärtskommen wollte, einen berühmten Professor nicht geben durfte.

„Gibde fand im Gegenteil dazu die Antwort sehr richtig. In erster Linie hatte man Rücksicht auf die Damen zu nehmen, denn derweilen war der Abend veranlaßt.“

Der Geheimrat lächelte. Eine solche Antwort hätte ihm ja ein im Examen befindlicher Kandidat nicht geben dürfen, aber man sah ja gemächlich dem Abendrot, und eigentlich hatte der junge Mann auch recht. Aber ein berühmter Mann läßt sich nicht von einem jungen Mann Zurücksetzungen geben. Deshalb entgegen der Geheimrat:

„Das ist eben die Kunst des Vortrags, lieber Herr Geheimrat. Sie müssen es so darstellen, daß selbst junge Damen die sonst den höchsten Wissenschaftlern vorbehalten, gemeinlich ihren Vorkümmern, lauschen.“

„Sie haben recht, Herr Geheimrat, die Damen oochnehmen Grundrissen einen potentiären Vortrag „geschildert.“

„Gibde und Niefel dachten anders. Obgleich es der berühmte Professor und außerdem ihr Vater war, hätten sie sich in Ausstellungen immer sehr langweilig gefunden. Glücklicherweise konnte der Gelehrte nicht hinter die Stirnwände der Mädchen sehen.“

Diebeigung glaubte nun auch etwas sagen zu müssen. Um gleichgültig damit eine stillschweigende Unterhaltung mit seiner Nichte Maus-Rochard zu verknüpfen, wandte er sich zu seiner Worten abwechselnd an den Geheimrat und an Fräulein Niefel:

„Die Geschichte der alten Ägypter müßte schon aus dem Grunde interessant sein, weil sie uns Zeitweisen entrollt, die wir früher als nicht vorhanden angenommen. Und mit Zug und Recht ist die Fortschritt dieser Zeitschneide eines der wichtigsten Probleme der modernen Wissenschaft.“

Danzig-Devisen

Danzig, 7. August

Table with exchange rates for Danzig, including Goldmark and Reichsmark values.

Goldmarkaufgeld: 1019190 Pf. Goldmarkaufpreis: 20 Pf. = 5046000 Papiermark.

Das Ende der Inflationsgewinne?

Es ist eine unangenehme Tatsache, daß gewisse Kreise des deutschen Volkes in den vergangenen Kriegsjahren nicht nur ihre Vermögenssituation unversehrt erhalten konnten, sondern, daß sie darüber hinaus dieselbe noch außerordentlich vermehrt haben.

Nachdem dieser Zustand der Vermögensausrichtung nun einen Höhepunkt erreicht hat, der im Millionenollarland seinen höchsten Ausdruck findet, hält man es ratsam, die Wege der bisherigen Finanzpolitik zu verlassen.

Mehrheitlich mit den Berufstätigen über eine neue Politik der Reichsbank werden verschiedene Pläne des Reiches bekannt, die auf einer Wende von der Inflationspolitik beruhen.

Brieflicher Braunkohlewerke A. G. Die Berichte über, lassen sie vor fast 10 Jahren billigen Werte fast 2 Wochen wieder in lebhafter Förderung.

Kapitalvermehrung Osterberg, A. G. in Osterberg. Gegenstand des Unternehmens ist Bau und Betrieb der Raffineriewerke.

Witke & Co., Aktiengesellschaft, Straßburg (Eld.). In der Generalversammlung ist beschlossen worden: Das Kapital der Gesellschaft wird von 4.000.000 auf 8.000.000 erhöht.

Unterstützung in der Maschinenindustrie. Der Verband Deutscher Maschinen-Fabrikanten hat laut „Konfession“ mit Wirkung vom 3. August seine Konvention dahin geändert, daß Besatz fünfzig nur noch in holländischen Gulden gestellt werden, während bei fünfzig in Papiermark zum amtlichen Berliner Guldenkurs einen Tag nach Eingang der Zahlung.

Erste in der eisernen Spinnindustrie. Die dem „Konfession“ aus Rotterdam bezügliche wird, befindet sich die dortige Spinnindustrie infolge der Devisenverhältnisse und der deutschen bzw. französischen Konkurrenz in schwerer Krise.

Frankfurter Ortsteine. Für die Frankfurter Ortsteine vom 28. bis 29. September wird im Rahmen der Frankfurter Messehaft wieder eine Reihe von Ergänzungsgewinn aufgeführt.

„Guns Odeon“ und „Bebel“ enthält eine geräumige Halle, zum bestmöglichen Nutzen der Gäste in die neue Halle zu verlegen.

Ein Rundgang durch die Betriebe der Firmen C. Wenzel und J. G. Volke

Auf Veranstaltung des zugehörigen „Wirtschaftsverbandes Mitteldeutschland“ folgten die Professorentourneen.

Die Besichtigung der Betriebe der Firmen C. Wenzel und J. G. Volke erfolgte am 7. August. Die Teilnehmer wurden von Herrn Obermann Wenzel, Zeugnishaar, zur Besichtigung seiner Betriebe.

Die Besichtigung der Betriebe der Firmen C. Wenzel und J. G. Volke erfolgte am 7. August. Die Teilnehmer wurden von Herrn Obermann Wenzel, Zeugnishaar, zur Besichtigung seiner Betriebe.

Die Besichtigung der Betriebe der Firmen C. Wenzel und J. G. Volke erfolgte am 7. August. Die Teilnehmer wurden von Herrn Obermann Wenzel, Zeugnishaar, zur Besichtigung seiner Betriebe.

Die Besichtigung der Betriebe der Firmen C. Wenzel und J. G. Volke erfolgte am 7. August. Die Teilnehmer wurden von Herrn Obermann Wenzel, Zeugnishaar, zur Besichtigung seiner Betriebe.

Die Besichtigung der Betriebe der Firmen C. Wenzel und J. G. Volke erfolgte am 7. August. Die Teilnehmer wurden von Herrn Obermann Wenzel, Zeugnishaar, zur Besichtigung seiner Betriebe.

Neue Preise für künstliche Düngemittel. Eine Verordnung des Reichsamtes für Ernährung und Landwirtschaft.

Die neue Preise für künstliche Düngemittel. Eine Verordnung des Reichsamtes für Ernährung und Landwirtschaft. Die Preise für künstliche Düngemittel sind ab dem 2. August 1923 auf den Höchstpreis für das Nitrogenpräparat Reindünger festgesetzt.

Die Lage am Kaffeemarkt. Die Firma Moritz A. Wolf berichtet in Erwartung der angebliebenen Aufhebung der Devisenbeschränkung.

Die Lage am Kaffeemarkt. Die Firma Moritz A. Wolf berichtet in Erwartung der angebliebenen Aufhebung der Devisenbeschränkung.

Die Lage am Kaffeemarkt. Die Firma Moritz A. Wolf berichtet in Erwartung der angebliebenen Aufhebung der Devisenbeschränkung.

Die Lage am Kaffeemarkt. Die Firma Moritz A. Wolf berichtet in Erwartung der angebliebenen Aufhebung der Devisenbeschränkung.

Die Lage am Kaffeemarkt. Die Firma Moritz A. Wolf berichtet in Erwartung der angebliebenen Aufhebung der Devisenbeschränkung.

Die Lage am Kaffeemarkt. Die Firma Moritz A. Wolf berichtet in Erwartung der angebliebenen Aufhebung der Devisenbeschränkung.

Die Lage am Kaffeemarkt. Die Firma Moritz A. Wolf berichtet in Erwartung der angebliebenen Aufhebung der Devisenbeschränkung.

Die Lage am Kaffeemarkt. Die Firma Moritz A. Wolf berichtet in Erwartung der angebliebenen Aufhebung der Devisenbeschränkung.

Die Lage am Kaffeemarkt. Die Firma Moritz A. Wolf berichtet in Erwartung der angebliebenen Aufhebung der Devisenbeschränkung.

Die Lage am Kaffeemarkt. Die Firma Moritz A. Wolf berichtet in Erwartung der angebliebenen Aufhebung der Devisenbeschränkung.

Die Lage am Kaffeemarkt. Die Firma Moritz A. Wolf berichtet in Erwartung der angebliebenen Aufhebung der Devisenbeschränkung.

Die Lage am Kaffeemarkt. Die Firma Moritz A. Wolf berichtet in Erwartung der angebliebenen Aufhebung der Devisenbeschränkung.

Wahlmänner gegen die Devisenbeschränkung in Österreich.

Wahlmänner gegen die Devisenbeschränkung in Österreich. Die Wiener Regierung hat alle Feiern in Österreich verboten.

Wahlmänner gegen die Devisenbeschränkung in Österreich. Die Wiener Regierung hat alle Feiern in Österreich verboten.

Wahlmänner gegen die Devisenbeschränkung in Österreich. Die Wiener Regierung hat alle Feiern in Österreich verboten.

Wahlmänner gegen die Devisenbeschränkung in Österreich. Die Wiener Regierung hat alle Feiern in Österreich verboten.

Wahlmänner gegen die Devisenbeschränkung in Österreich. Die Wiener Regierung hat alle Feiern in Österreich verboten.

Wahlmänner gegen die Devisenbeschränkung in Österreich. Die Wiener Regierung hat alle Feiern in Österreich verboten.